

Antrag L 3

Bezirk Westliches Westfalen

Änderungsanträge zum Leitantrag „Mehr Lebensqualität durch eine nachhaltige Landwirtschaft“

III. Wertschöpfung im ländlichen Raum sichern – ländliche Räume stärken

Im Interesse der Verbraucher, der Landwirte aber auch der Staatsfinanzen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, tiefgreifende Krisen in der Landwirtschaft, die das Tempo des Strukturwandels noch beschleunigen, zu vermeiden. Hierzu gehört auch ein besonders verantwortlicher Umgang mit dem Phänomen der Tierseuchen. Dort, wo es möglich ist, sollen Tierseuchen auch durch vorbeugenden Impfschutz eingegrenzt oder gar vermieden werden. Nach Abebben der Maul- und Klauenseuche fordern wir die Agrarminister des Bundes- und der Länder auf, die Möglichkeit der flächendeckenden MSKS-Schutzimpfung so schnell wie möglich wieder einzuführen.

VI. Den ökologischen Landbau in Produktion und Vermarktung stärken

Der natürliche Kreislauf ist das Grundprinzip des ökologischen Landbaus. Deswegen wollen wir bestehende Kreislaufmodelle stärken und neue entwickeln. Nach Reform des Branntweinmonopols fördert der Staat landwirtschaftliche Brennereien, die nur selbst erzeugte Rohstoffe wie Korn, Kartoffeln oder Obst brennen, die Rückstände dieser Produktion an ihr Vieh verfüttern, das dann wiederum den natürlichen Dünger für die Produktion der Rohstoffe liefert. Dieser beispielhafte Ansatz, zunächst als Finanzmonopol des Staates gedachte, heute eher eine ökologische Marktordnungsmaßnah-

me, soll aufrechterhalten und weiterentwickelt werden.

Ähnliche Modelle sind für z. B. die Herstellung von Zucker oder von Produkten auf der Basis nachwachsender Rohstoffe zu entwickeln.

Wir fordern, dass durch Vereinbarungen mit der Wirtschaft erreicht wird, dass der Anteil von gentechnisch manipulierten Bestandteilen an Lebensmitteln auf unter 1 Prozent festgeschrieben wird. Gentechnisch manipulierte Lebensmittel sollen künftig als solche gekennzeichnet werden.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)

Antrag L 6

*Unterbezirk Düsseldorf
(Bezirk Niederrhein)*

Landwirtschaft und Verbraucherinteressen – Für eine gute Zukunft des ländlichen Raums

IV. Verbraucherrechte stärken

Eine moderne Verbraucherpolitik geht über diese Ziele noch hinaus, um die marktgesteuerte und technologische Entwicklung im Interesse der Verbraucher zu beeinflussen. Verbraucherpolitik ist kein Anhängsel der Wirtschaftspolitik, sondern ein eigenständiger Bestandteil, um die Wettbewerbs- und Innovationskräfte zu stärken.

Eine moderne Verbraucherpolitik setzt nicht erst beim Kauf von Produkten und Dienstleistungen an, sondern bereits bei den der Vermarktung vorgelagerten Prozessen und Entscheidungen. Sie schafft Chancengleichheit zwischen Verbrauchern und Anbietern. Mit der Durchsetzung des Verursacherprinzips muss ein voller und ungehinderter Zugang zu Informationen über den gesamten Produktzyklus sichergestellt werden – von der Herstellung bis zur Entsorgung.

Nachhaltigkeit bedeutet, auch den Konsumenten als verantwortlichen Akteur zu sehen, der als aktiver Partner verstanden wird. Er hat das Recht auf Schutz ebenso wie die Möglichkeit zur Gegenwehr. Vorsorgender Verbraucherschutz ist nur möglich, wenn die Interessen der Konsumenten im wirtschaftlichen und politischen Prozess einen starken und eigenständigen Sachwalter erhalten. Dafür sind Reformen im institutionellen Gefüge notwendig, wie sie im Amsterdamer Vertrag vorgesehen sind.

Im Deutschen Bundestag fordern wir die Einrichtung eines Ausschusses für Verbraucherfragen. Außerdem müssen die Ministerien den Verbraucherschutz personell, organisatorisch und finanziell verstärken. Hierzu gehört eine Änderung der Geschäftsordnung der Bundesregierung, damit der Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe anerkannt wird.

Notwendig ist zudem ein Verbraucherinformationsgesetz, um den Zugang zu den Prüfergebnissen zu erleichtern bzw. die Unternehmen und Anbieter zur Offenlegung von wichtigen Daten zu veranlassen. Dazu zählt die Verbesserung der Kennzeichnung und Verbraucherinformation. Gleichzeitig müssen Falschinformationen stärker bestraft werden, sowohl durch Haftungsrechte als auch Schadenersatz. Hierzu gehören auch Beweiserleichterungen und eine Verschärfung der Produkthaftung.

(Überwiesen an Bundestagsfraktion)



Parteitag der SPD in Nürnberg

19. bis 22. November 2001

Beschlüsse



SPD